

18.04.2008 - 10:00 Uhr

Verlagerungspolitik: ASTAG fordert Umkehr nach SBB-Cargo-Debakel

Bern (ots) -

Im zukünftigen Güterverkehrsverlagerungsgesetz, mit dem sich der Nationalrat derzeit beschäftigt, sind weitere Zwangsmassnahmen auf Kosten des Nutzfahrzeugverkehrs fehl am Platz. Insbesondere die Einführung einer Alpentransitbörse würde der ganzen Schweizer Wirtschaft mehr schaden als nützen. Wie die massiven Probleme von SBB Cargo zeigen, braucht es statt dessen eine grundlegende und vorgängige Reform des Schienengüterverkehrs.

Der Nationalrat befasst sich momentan mit der Güterverkehrsvorlage, welche die Verlagerungspolitik für die kommenden Jahre definieren soll. Nach dem bekannt gewordenen Debakel von SBB Cargo ist für den Schweizerischen Nutzfahrzeugverband ASTAG dabei eines klar: Wenn die Verlagerung des Transitverkehrs von Grenze zu Grenze auf die Schiene in absehbarer Zeit tatsächlich gelingen soll, ist jetzt eine Umkehr der bisherigen Politik gefordert. Die offiziellen Verlagerungszahlen des Bundes für 2007 haben klar gezeigt, dass staatliche Zwangsmassnahmen wie das Dosierungssystem am Gotthard, mehrfache Polizeikontrollen auf derselben Route oder umständliche Zollabfertigungsverfahren nicht zum Ziel führen können. Stattdessen muss die schweizerische Verkehrspolitik jetzt in erster Linie einmal bahnseitig ansetzen. Hier müssen mit weitergehenden und prioritären Reformen die Grundlagen geschaffen werden, dass die Verlagerung dereinst überhaupt gelingen kann. Im Vordergrund stehen für die ASTAG eine rasche Änderung des Trassenpreissystems, der Prioritätenordnung sowie eine klare Strategie für SBB Cargo.

Wirtschaftsfeindliche Alpentransitbörse

Ein völlig nutzloses Instrument wäre deshalb auch eine Alpentransitbörse, d.h. die Versteigerung einer vom Staat fix limitierten Zahl von Durchfahrtsrechten auf den Transitstrecken. Transporte können nicht auf die Schiene verlagert werden, wenn dafür nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind. So sind die Trassen durch den neuen Lötschbergtunnel schon jetzt alle belegt, und im Mittelland fehlen ohnehin Zulaufstrecken zur NEAT. Die staatliche Kontingentierung des Strassenverkehrs mittels einer Alpentransitbörse hätte daher lediglich den Effekt, dass die gesamte Schweizer Wirtschaft unter weiteren Einschränkungen zu leiden hätte.

Für die ASTAG ist klar: Offensichtlich scheitert die Schweizer Verlagerungspolitik nicht auf der Strasse, sondern auf der Schiene! Wenn sie wieder auf Kurs gebracht werden soll, müssen strikte Reformen durchgeführt werden.

Kontakt:

Weitere Informationen:

ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband

André Kirchhofer

Weissenbühlweg 3, 3007 Bern

Tel. 031 370 85 85

Bern, 18. April 2008

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001880/100559400> abgerufen werden.